



**VERLUST VON FAST EINER BILLION EURO AUS DEM EURO-
VERRECHNUNGSSYSTEM SO GUT WIE SICHER**

Dank Corona: Nun wird uns Target2 um die Ohren fliegen

Von EUGEN PRINZ | Schon vor der Corona-Krise wurden Italien und Spanien nur durch die Geldpolitik der EZB vor der Staatspleite bewahrt. Es kann als gesichert gelten, dass durch den Shutdown und dem damit verbundenen Stillstand der Wirtschaft, beide Länder anschließend gerettet werden müssen, wie einst Griechenland. Die diversen Griechenland-Rettungspakete sind uns ja noch in guter Erinnerung.

Italiens BIP fast zehnmal so hoch wie das von Griechenland

Im Vergleich zur Griechenland-Rettung reden wir bei Italien allerdings von ganz anderen Summen: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands, also der Gesamtwert der innerhalb eines Jahres produzierten Waren und Dienstleistungen, lag 2019 bei 187,46 Milliarden Euro, das von Italien ist mit 1.787,66 Milliarden Euro im Vergleichszeitraum fast zehnmal so groß. Das verdeutlicht, dass man mit Italien ein ganz anderes „Kaliber“ retten muss. Und sollte Spanien auch noch in die Knie gehen, haben wir es hier mit einer Volkswirtschaft zu tun, die es in 2019 auf ein BIP von immerhin 1.245,33

Milliarden Euro brachte.

Wenn der Euro damals bei der Griechenland-Rettung schon in Gefahr war, dann ist völlig klar, wo wir nun stehen: Diese Währung wird die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise nicht überstehen.

Zudem ist jetzt schon abzusehen, dass uns nun das Target2-Verrechnungssystem, wie bereits in 2017 [auf PI-NEWS vorausgesagt](#), um die Ohren fliegen wird. Für jene, die nicht wissen, worum es dabei geht, hier nochmal eine kurze Erläuterung:

Target2 wurde 2007 eingeführt und ist das über die Europäische Zentralbank laufende Zahlungssystem, mit dem die Zentralbanken der Euro Staaten untereinander abrechnen. Alles klar? Wahrscheinlich eher nicht.

Deshalb hier ein Beispiel:

Ein Italienischer Unternehmer kauft bei einer deutschen Maschinenbaufirma Produktionsanlagen für eine Million Euro. Das ganze läuft dann folgendermaßen ab:

1. Die deutsche Firma liefert die Anlagen an den italienischen Unternehmer
2. Der Italiener überweist seiner Geschäftsbank den Betrag (Geld fließt)
3. Die Geschäftsbank des Italieners überweist den Betrag an die italienische Zentralbank (Geld fließt)
4. Die italienische Zentralbank überweist diesen Betrag jedoch NICHT an die Europäische Zentralbank, sondern lässt bei der EZB lediglich vermerken, dass man eine Million Euro schuldig ist (es fließt kein Geld)
5. Die EZB teilt der deutschen Zentralbank, also der Bundesbank mit, dass diese nun eine Forderung in Höhe von einer Million Euro an die italienische Zentralbank hat (auch hier fließt also KEIN Geld)
6. Die Bundesbank überweist 1 Million Euro an die Hausbank

des deutschen Unternehmers (jetzt fließt also wieder Geld).

7. Die Geschäftsbank des deutschen Unternehmers überweist ihm den Betrag auf sein Konto (der Unternehmer hat sein Geld, aber es stammt von der deutschen Bundesbank)

Und nun kommt das Beste: Durch dieses Vorgehen bauen bestimmte Euroländer, vor allem Italien und Spanien, im wechselseitigen Handel systematisch Schulden an Deutschland auf, für deren Höhe KEINE OBERGRENZE festgelegt wurde. Das heißt, es können gegenüber Deutschland Target-Schulden in beliebiger Höhe angesammelt werden, ohne dass irgendwann einmal der Saldo ausgeglichen werden muss. Somit funktioniert das Target2-Verrechnungssystem wie eine Druckerpresse für unbegrenzte Kredite – die nun platzen werden.

Target2-Forderung Deutschlands bei fast einer Billion Euro

Ende März sind die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank aus dem innereuropäischen Handel im Zuge der Corona-Krise noch einmal kräftig angestiegen und lagen Ende März bei insgesamt [935.1 Milliarden Euro](#). Hauptschuldner sind – Sie ahnen es schon – [Italien mit 384,7 Milliarden Euro](#) und [Spanien mit 378 Milliarden Euro](#). Diese beiden Zahlen sind noch vom Februar und dürften inzwischen sogar noch deutlich höher liegen.



Es ist vollkommen klar, dass nun das eintreten wird, was Wirtschaftswissenschaftler wie der ehemalige Präsident des Münchener ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, Professor Hans-Werner Sinn, [schon lange befürchtet](#) haben: Die Bundesbank kann Target2-Forderungen von fast einer Billion Euro in den

Wind schreiben, denn Italien und Spanien, vielleicht sogar auch noch Frankreich (44,3 Milliarden), werden ihre Target2-Verbindlichkeiten nie und nimmer ausgleichen können, weil sie zu „Rettungsfällen“ werden.

Deutschland: Exporte in die EU selbst bezahlt

Das bedeutet, Deutschland bleibt auf seinen Forderungen sitzen und hat damit seit 2007 einen großen Teil seiner Waren-Exporte in die EURO-Länder selbst bezahlt.

Ist das nicht putzig? Wie wurden wir doch von jenen hinters Licht geführt, die uns immer weißgemacht haben, Deutschland wäre dank des europäischen Binnenhandels der größte Profiteur in der EU. Pustekuchen! Wir sind dann der größte Verlierer im europäischen Binnenhandel, da wir Wirtschaftsgüter in Höhe von fast einer Billion Euro an die notleidenden Euro-Länder im Süden VERSCHENKT haben!

In so einer Situation von Deutschland auch noch Solidarität zu fordern, indem man die Einführung von als „Corona-Bonds“ geframte Euro-Bonds fordert, ist eine kaum noch zu überbietende Chuzpe.

Das sollten sich Ignoranten wie [Max Raabe](#) und [andere „Genies“](#) aus dem Kunst- und Kulturbereich, die so etwas fordern, hinter die Ohren schreiben. Als gut gemeinten Rat für diese Leute, erlaubt sich der Autor, aus einer Folge der [Kultserie „Monaco Franze“](#) frei zu zitieren:

„Wenn man schon nichts versteht, dann schweigt man still und hält sein dummes Maul!“



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

- » [Spende an den Autor](#)
- » [Twitter Account des Autors.](#)



**Irre: Mehr statt weniger
Flüchtlinge durch Seehofers**

Rückführungsabkommen

Von EUGEN PRINZ | Am Donnerstag hatte unser aller Bundesinnen-Horst stolz verkündet, dass das Abkommen zur Rücknahme von Asylbewerbern zwischen Deutschland und Italien ausgehandelt sei. Nur die Unterschrift würde noch fehlen. Dumm nur, dass die Italiener [das ein wenig anders sehen](#) und Innenminister und Vizepremier Matteo Salvini von seinem deutschen Amtskollegen weitere Zugeständnisse will. Bisher wurde ausgehandelt, dass Deutschland für jeden bereits in Italien registrierten Flüchtling, der dorthin zurückgewiesen wird, im Austauschverhältnis 1:1 Bootsflüchtlinge aufnimmt. Ein Nullsummenspiel also.

Italiener stellen weitere Forderungen

Aber das genügt den Italienern nicht. Salvini äußerte, er sei bereit, das Abkommen zu unterschreiben, aber nur wenn Italien auch was davon hat. Rom möchte, dass Deutschland die italienische Regierung bei der Änderung der Regeln für die EU-Mission Sophia unterstützt. Derzeit fungieren die angeblichen Schleuserbekämpfer der EU im Mittelmeer selbst als Schlepper, indem sie Bootsflüchtlinge aufnehmen und nach Italien oder Malta bringen. Damit soll nach dem Willen der Italiener jetzt Schluß sein. Kein Zweifel, das ist eine vernünftige Einstellung, von der man sich wünschen würde, dass sie deutsche Politiker auch hätten.

Wer meint, das Italien – Abkommen sei schlecht, kennt die anderen nicht

Seehofer hat also Zeit und deutsche Steuergelder dafür verschwendet, dass wir für jeden Flüchtling, den wir loswerden, von Italien einen anderen bekommen. Was für ein großartiger Deal! Aber die Abkommen mit Spanien und Griechenland sind noch viel schlechter: Der [Vereinbarungen mit Griechenland](#) zufolge darf Deutschland innerhalb von 48 Stunden

diejenigen Migranten nach Griechenland zurückweisen, die dort bereits Asyl beantragt hatten und dann nach Deutschland weitergereist sind. Das betrifft aber nur jene, die am Grenzabschnitt zu Österreich an der unerlaubten Einreise gehindert werden können. Nun stellt sich die Frage, von wie vielen Flüchtlingen wir hier reden. Seit Mitte Juni wurden etwa 150 Personen festgestellt, die in einem anderen EU-Land Asyl beantragt hatten. Etwa die Hälfte davon ist auf Italien entfallen, etwa ein Fünftel auf Österreich. Aus Spanien war kein einziger dabei. Somit können es nicht mehr als ein paar Dutzend Flüchtlinge gewesen sein, die sich in Griechenland registrieren haben lassen und in diesem Zeitraum an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen wurden.

Aufnahme Tausender von Familienangehörigen für die Rücknahme einer Handvoll Leute

Und jetzt kommt das Beste: Im Gegenzug zur Rücknahme von einer Handvoll Leute hat [Deutschland zugesagt](#), die Bearbeitung von 2900 (!) Anträgen auf Familienzusammenführung von in Griechenland festsitzenden Flüchtlingen mit Angehörigen in Deutschland voranzubringen und „auf positive Weise“ hunderte weitere Fälle zu prüfen. Die Griechen nehmen also ein paar Dutzend Flüchtlinge pro Monat von uns zurück und wir bekommen im Gegenzug mehrere Tausend aus Griechenland. Da fällt einem wirklich nichts mehr dazu ein. Ähnlich gestrickt ist übrigens auch das Abkommen mit Spanien. Auch von dort bekommen wir künftig Flüchtlinge im Rahmen der Familienzusammenführung aufs Auge gedrückt, ohne dass wir eine nennenswerte Zahl jener wieder loswerden, die aus Spanien zu uns „geflüchtet“ sind, weil es hier mehr zu holen gibt.

Die Demokratie in Deutschland bröckelt

Und so werden auf wundersame Art und Weise die Rückführungsabkommen zu einem weiteren Ansiedlungsprogramm für tausende zusätzlicher Zuwanderer umfunktioniert. Soll das dem Willen der Bevölkerung entsprechen? Die Politiker reden immer

von einer sinkenden Zahl von Asylsuchenden. Den auf vollen Touren laufenden Familiennachzug erwähnen sie nicht, denn praktischer Weise erscheint dieser ja auch nicht in der Asylstatistik. Zusätzlich versucht man mit Hilfe der Staatsmedien dem deutschen Michel weiß zu machen, „es kommen ja kaum noch welche“. Wenn es einem Teil des Volkes dann „zu bunt“ wird und es auf die Straße geht wie in Chemnitz, wird die Gesamtheit der Demonstranten, wiederum mit Hilfe der Staatsmedien, als rechtsradikale Hetzer und Ausländerhasser hingestellt nur weil ein paar Idioten dabei waren, die den Hitlergruß zeigten. Und wenn dann der Präsident des Verfassungsschutzes, einer Behörde, die über die umfassendsten Erkenntnisse zu den Vorfällen verfügen dürfte, das Lügengebäude mit der Verkündung der Wahrheit zum Einsturz bringt, wird er von der Kanzlerin zum Abschluß freigegeben. Der Nachfolger wird aus dem Schicksal seines Vorgängers seine Schlüsse ziehen und zu künftigen Lügenkonstrukten dieser Regierung schweigen.

Und diese Regierung, geführt von einer Kanzlerin, die mit Grundgesetz und Demokratie nicht mehr viel zu tun hat, wagt es auch noch, mit dem Finger auf Viktor Orban zu zeigen, der den Willen des ungarischen Volkes strikt umsetzt. Und angesichts des letzten Wahlergebnisses in Ungarn wird es keinen Regierungschef in Europa geben, der eine stärkere Legitimation durch das Volk vorweisen kann, als Viktor Orban.

Zur deutschen Regierung kann man nur sagen: Pfui Teufel! Schämt euch, dem euch anvertrauten Staatsvolk so gewissenlos zu schaden!



Ceuta: Gehen Sie ins Gefängnis und dann zurück auf Los

Von EUGEN PRINZ | Die Freude der 116 Migranten, die es beim [zweiten großen Ansturm](#) auf den Grenzzaun in der spanischen Enklave Ceuta unter Einsatz von Scheren, Stöcken, scharfen Gegenständen, Branntkalk, Batteriesäure und Exkrementen gegen die Guardia Civil geschafft hatten, in das Hoheitsgebiet Spaniens und damit in die EU einzudringen, währte nicht lange.

Rückführungsabkommen aus dem Jahr 1992 bricht den illegalen Migranten das Genick

Eine weitsichtige spanische Regierung hatte 1992 mit Marokko ein Rückführungsabkommen abgeschlossen, das bis heute in Kraft ist. Damit war es kein Problem, die 116 Kandidaten, die es unter Einsatz von brutaler Gewalt geschafft hatten, auf spanisches Territorium zu gelangen, innerhalb von 24 Stunden nach Marokko zurückzuführen. Wie beim Monopoly: Erst ins Gefängnis, dann zurück auf Los (sprich: Marokko). Nun sind sie also wieder dort, wo sie am Anfang der Aktion waren. Ist schon hart, wenn man kurz EU-Luft schnuppert und dann wieder den marokkanische Wüstensand in der Nase hat.

Klares Signal an Nachahmer

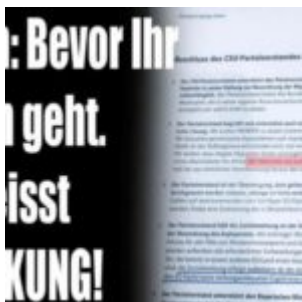
Dieses rasche und entschlossene Handeln der spanischen

Minderheitsregierung sendet ein klares Signal an Nachahmer: Es hat keinen Sinn, wenn ihr es versucht, denn selbst wenn ihr es schafft, dann fangen wir euch wieder ein und schicken euch umgehend zurück. Damit wird mit Sicherheit der Abenteuerlust jener, die schon in den Startlöchern stehen, ein deutlicher Dämpfer verpasst.

Die spanische Linksregierung scheint im Gegensatz zu jenen Sozen, die im Rest der EU in Regierungsverantwortung stehen, doch noch lernfähig zu sein. Wie weit diese Lernfähigkeit geht und wie lange sie anhält, bleibt abzuwarten.

Was uns bleibt, ist Neid

Uns bleibt nur der blanke Neid, weil selbst eine Minderheitsregierung wie in Spanien genug Kraft für vernünftiges Handeln aufbringt und wir mit Merkel, ihrer Entourage und einer linksversifften Medienlandschaft verflucht und geschlagen sind. Man stelle sich vor, ein deutscher Innenminister hätte den Mut besessen gegen Merkels Willen in einem gleich gelagerten Fall so zu handeln. Dann wäre jetzt mindestens ein halbes Jahr Weltuntergangsstimmung und Ausnahmezustand in Deutschland. Regierungstechnisch und medial.



Neue Flüchtlingschwemme durch Seehofers Rücknahme-Abkommen

Von EUGEN PRINZ | Nach dem Abkommen mit Spanien über die Rücknahme dort bereits registrierter Asylbewerber wurde nun auch eine entsprechende Übereinkunft mit Griechenland abgeschlossen. Die Unterzeichnung sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu geordneten Verhältnissen in der europäischen Migrationspolitik, verkündete Bundesinnenminister Seehofer am Freitagabend stolz.

Abkommen eine Beleidigung der Intelligenz der Bürger

Die Abkommen mit Spanien und Griechenland als Erfolg zu verkaufen ist in Wahrheit eine bodenlose Unverschämtheit und eine Beleidigung der Intelligenz der Bürger. Sie zeigen, dass Merkel, Seehofer und Co. die letzten Skrupel über Bord geworfen haben und jedes Instrument zur Umvolkung nutzen, dessen sie habhaft werden.

Der Griechenland – Deal im Detail

Deutschland darf innerhalb von 48 Stunden diejenigen Migranten nach Griechenland zurückweisen, die schon dort Asyl beantragt hatten und dann nach Deutschland weitergereist sind. Das betrifft aber nur jene, die am Grenzabschnitt zu Österreich an der unerlaubten Einreise gehindert werden können. Von der Regelung ausgenommen sind Minderjährige.

Anzahl der Betroffenen kaum der Rede wert

Nun stellt sich die Frage, von wie vielen Flüchtlingen wir hier reden. Seit Mitte Juni wurden etwa 150 Personen festgestellt, die in einem anderen EU-Land Asyl beantragt hatten. Etwa die Hälfte davon ist auf Italien entfallen, etwa

ein Fünftel auf Österreich. Aus Spanien war kein einziger dabei. Somit können es nicht mehr als ein paar Dutzend Flüchtlinge gewesen sein, die sich in Griechenland registrieren haben lassen und in diesem Zeitraum an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen wurden.

Die Gegenleistung für Nichts

Im Gegenzug zur Rücknahme dieser paar Hanseln hat Deutschland nach Angaben des griechischen Regierungschefs Alexis Tsipras [umfangreiche Zugeständnisse](#) gemacht. Deutschland habe zugesagt, die Bearbeitung von 2900 (!) Anträgen auf Familienzusammenführung von Flüchtlingen voranzubringen und „auf positive Weise“ hunderte weitere Fälle zu prüfen.

Griechenland nimmt also ein paar handvoll Flüchtlinge zurück und Deutschland öffnet als Gegenleistung unter dem Deckmäntelchen der Familienzusammenführung das Einfallstor für Tausende anderer. Das sind Deals! Da kann man vor der Bundesregierung nur den Hut ziehen: Sie holt sogar aus „Rücknahme – Abkommen“ noch einen Beitrag zur Umvolkung Deutschlands heraus. Die Chuzpe und Kaltschnäuzigkeit, mit der diese Regierung inzwischen gegen das eigene Volk agiert und regiert, ist zutiefst verstörend. Merkel, Seehofer und Co. haben nun alle Hemmungen abgelegt.

Übrigens war auch bisher schon die Flüchtlingsbilanz mit Griechenland verheerend: Im Jahr 2017 wurden insgesamt 2312 Rücknahmeersuchen an Griechenland gestellt. Doch Griechenland erkannte davon nur in 81 Fällen seine Zuständigkeit an. Tatsächlich überstellt wurde [kein einziger](#) Migrant.

Das Abkommen mit Spanien



Die Karte veranschaulicht, welchen Umweg Flüchtlinge aus Spanien auf sich nehmen müssten, um über Österreich nach Deutschland zu gelangen.

Der Deal mit Madrid sieht auch nicht besser aus, eher im Gegenteil: Madrid nimmt nur Flüchtlinge zurück, die bereits in Spanien registriert wurden und an der deutsch-österreichischen Grenze von Bundespolizisten aufgegriffen wurden. Seit Mitte Juni waren das nach Angaben des Bundesinnenministeriums exakt null Migranten. Wäre auch ein schöner Umweg gewesen von Spanien über Frankreich, Italien und Österreich bis nach Deutschland.

Auch mit Spanien ein Deal über die Familienzusammenführung

Obwohl wir durch das Abkommen mit Spanien keinen einzigen Flüchtling (es sei denn, es verirrt sich zufällig mal einer) loswerden, wurde auch hier eine Familienzusammenführung vereinbart. Das heißt: Keiner raus aus Deutschland, aber viele herein, denn in beiden Staaten (Griechenland und Spanien) sitzen viele Migranten fest, deren Angehörige in Deutschland sind.

So werden Rückführungsabkommen zu einem weiteren Instrument der Umvolkung und das nächste ist schon in Bearbeitung: Das Einwanderungsgesetz. Aber das ist ein anderes Thema.



Refugee Welcome? Jetzt will Spanien die „europäische Lösung“

Von INXI | Wie präzise die Invasion schwarzafrikanischer Horden nach Europa gesteuert wird, konnte man in den letzten Tagen und Wochen eindrucksvoll beobachten. Nachdem vor allem Ungarn den Landweg nach Europa zumindest erschwert hatte, wurde die Invasion nahtlos auf den Seeweg über das Mittelmeer verlagert. Monatelang fischten die Schlepperschiffe von [Lifeline](#) & Co ihre kostbare Fracht sogar direkt aus libyschen Küstengewässern um tausende Invasoren unbeschadet nach Europa zu bringen. Selbst Marineschiffe beteiligten sich unter dem Deckmantel der Seenotrettung an dieser Schlepperei und brachten zehntausende Illegale zunächst nach Italien.

Sieg der Vernunft in Italien

Binnen kürzester Zeit sorgten die „Geflüchteten von südlich der Sahara“ für untragbare Zustände in italienischen Städten und Gemeinden. Aber anders als hierzulande erkannten die Italiener den Grund für das Übel und wählte die unwillige Regierung ab. Folgerichtig übernahmen „Fünf Sterne“ und „Lega“ das Ruder. Die alte Fuchtel in Berlin dürfte einige schlaflose Nächte gehabt haben.

Der neue Innenminister Salvini machte auch sofort klar, wohin die Reise künftig gehen wird: nicht über das Mittelmeer, nicht nach Italien! Schlepper-Schiffen wurde die Einfahrt in italienische Häfen verweigert, die Schiffe werden beschlagnahmt und gegen die Schlepper wird ermittelt. Welch Hiobsbotschaften für die deutsche Asylindustrie! Entsprechend groß war das Geschrei der Protagonisten aller Couleur; schließlich will man noch möglichst viele Milliarden Euro Steuergeld in die eigenen Taschen stecken. So entblödeten sich die Oberbürgermeister von Köln, Düsseldorf und Bonn nicht, ausgerechnet von Merkel mehr „Flüchtlinge“ zu fordern ([PI-NEWS berichtete](#)). Wohlwissend, dass man hier offene Türen einrennt – die Bürger hat man freilich nicht befragt. Es lief doch bisher wie am Schnürchen: das BAMF reine Makulatur, Abschiebungen finden kaum statt, Grenzen stehen sperrangelweit offen, alle Kartellparteien sind sich in der Causa einig. Und nun kommen die störrischen Italiener und versauen das schöne Geschäft. Wie also weiter?

Pedro Sánchez – der Weiße Ritter der Asylindustrie

Während andere Völker längst aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht sind, leistet sich Spanien eine sozialistische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Sánchez. Der Sozi erfüllt alle Erwartungen der Asylindustrie und läßt die von Italien abgewiesenen Schiffe nach Spanien kommen, was nochmal rund 1.000 km Schlepperei innerhalb Europas bedeutet. Macht insgesamt 1.600 km – zur libyschen Küste wären es etwa 20 km gewesen. So geht Seenotrettung!

Auch die Zustände in Ceuta sind Sánchez ein Dorn im trüben Auge. Freilich nicht die Erstürmung spanischen Gebiets an sich, nein, er möchte den Zaun um die Enklave abreißen lassen, schließlich sollen die Goldstücke bequem auf den Kontinent kommen. Auch angesichts der Tatsache, dass etwa 50.000 Schwarzafrikaner in Marokko auf ihre „Einreise“ nach Europa warten, könnten so unschöne Bilder vermieden werden.

Und schon bettelt Spanien um Hilfe

Natürlich wurde der Ruf Sánchez' wohl vernommen. Binnen weniger Wochen [trafen tausende „Flüchtlinge“ in Spanien](#) ein: entweder per [Schlauchboot direkt am Badestrand](#) oder von der spanischen Marine aus dem Meer gefischt. Vor ein paar Tagen spuckten die Sozen noch große Töne; auf Mallorca wolle man den Tourismus zurück drängen und mehr „Flüchtlinge“ aufnehmen ([PI-NEWS berichtete](#)). Etliche Touris würden sich schließlich nicht ordentlich benehmen, der italienische Innenminister wurde gar zur unerwünschten Person erklärt. Aber wie immer und überall, wenn die Roten zu entscheiden haben, kommt eben nur Murks dabei heraus.

Innenminister [Grande-Malaska](#):

„Das Migrationsproblem ist ein Problem Europas und erfordert europäische Lösungen.“

Kein Wort mehr von „Geflüchteten“, nun sind es Migranten, dafür zweimal das Wort Problem. Diese Bettelei dürfte an Berlin adressiert sein, wer sonst holt sich die Invasion sonst noch ungezügelt ins Land?

Bei der deutschen Totengräberin dürften die Worte allerdings wohlwollendes Gehör finden. Man muß sich nur noch über möglichst geräuschlose Wege einig werden und schon läuft der Nachschub für die hiesige Asylindustrie wieder. Heute können sich alle Patrioten hierzulande glücklich schätzen, dass Deutschland nicht auch noch einen direkten Zugang zum Mittelmeer hat!



Spanien: Illegale stürmen Badestrand

Nachdem erst am Donnerstag rund [600 afrikanische Eindringlinge](#) unter Anwendung von Gewalt gegen die Grenzschutzdarsteller in der an Marokko grenzenden spanischen Exklave Ceuta in Europa eingefallen sind, filmte schon tags darauf ein Tourist, wie ein Schlauchboot mit rund 50 Eindringlingen auf den Strand von Cañuelo im andalusischen Ferienort Tarifa zusteuerte. Kaum waren sie nahe genug, sprangen die Versorgungsfordernden aus dem Boot und rannten vor den Augen der erschrockenen Badegäste in alle Richtungen ins Landesinnere. Das Boot war zwar von der „Guardia Civil“, der spanischen Küstenwache entdeckt worden, doch so wie es auf den Bildern zu sehen ist, hatte die Besatzung offenbar nicht wirklich ernsthaft vor, die Illegalen am Anlanden zu hindern. Im Gegenteil, ein Crewmitglied scheint sogar zum Gruß die Hand zu heben.





Erst am Wochenende davor waren rund 1.100 Asylforderer an Spaniens Küsten angekommen ([PI-NEWS berichtete](#)).

Seit Italien einen harten Kurs gegen die vom Mittelmeer kommenden Invasoren fährt, NGO-Schlepperschiffe festgesetzt hat und keine Schiffe der Asylindustrie mehr anlegen lässt in seinen Häfen, verlagert sich die Route der Schlepper Richtung Spanien. Die sozialistische Regierung Spaniens ist offen für die Übernahme der „Goldfracht“, die Spaniens Sozialsystem nicht annähernd so belastet, wie das in Deutschland der Fall ist. Es gibt keine jahrelange Rundumversorgung. Die Spanier bieten den meisten der derzeit Ankommenden nicht mal ein Dach über dem Kopf. Es gibt eben nicht genug Quartiere. Und nach 18 Monaten erhalten die Eindringlinge auch sonst keine Leistungen mehr aus dem Sozialtopf. Das heißt, selbst die, die davor gar nicht weiterreisen wollten, machen sich nach dieser Zeit auf den Weg in ein anderes europäisches Land – meistens nach Deutschland, wo ihnen Sozialleistungen sicher sind.

Das am Freitag am Strand von Cañuelo eingetroffene Boot war nur eines von vielen, die fast täglich ankommen. Man kann davon ausgehen, dass viele der in Spanien einfallenden Asylbetrüger schon bald in Deutschland sein werden – die Grenzen sind ja offen. (lsg)



Mallorca für „würdevolle Aufnahme“ von „Flüchtlingen“

Des Deutschen liebste Ferieninsel hat genug von den vielen fremden Menschen, die Mallorquiner wollen keine überfüllten Straßen und Strände mehr – zumindest nicht wenn es sich dabei um zahlende Gäste handelt. Dafür wollen sie lieber „Flüchtlinge würdevoll aufnehmen“.

Nachdem Spanien unter Ex-Ministerpräsident Mariano Rajoy nur wenige Flüchtlinge aufgenommen hat, schlägt sein Nachfolger einen deutlich liberaleren Asyl-Kurs ein: Pedro Sánchez hat zugesagt, die mehr als 600 Asylsuchende vom Flüchtlingsrettungsschiff „Aquarius“ aufzunehmen.

25 der „geretteten Menschen“ sollen in Palma untergebracht werden, wie der [FOCUS](#) unter Bezug auf die „Mallorca-Zeitung“ weiter schreibt. Dafür sei eigens ein Nonnenkonvent im Stadtteil Son Rapinya auf Vordermann gebracht worden. Die Umbauarbeiten seien nun abgeschlossen, die Unterkunft

bezugsfertig. Acht Mitarbeiter des Roten Kreuzes sollen sich dort um die Neuankömmlinge kümmern.

„Das Wichtigste ist, dass die Wahrung der Menschenrechte gewährleistet und die Bedingungen für die Flüchtlinge würdevoll sind“, zitiert die „Mallorca Zeitung“ einen Sprecher der Bürgerplattform „Die Balearen nehmen auf“. Die Initiative hilft bei der Versorgung der 25 geretteten Flüchtlinge.

Der Anfrage der spanischen Regierung, Flüchtlinge aufzunehmen, kamen die Inseln umfassend nach, wie Fina Santiago, die Sozialministerin der Balearen, der Zeitung sagt (Zitat): „Wir haben nicht einen Platz abgelehnt, um den man uns in Madrid gebeten hat“. Palmas Bürgermeister Antoni Noguera signalisierte, auch weitere Asylsuchende mit offenen Armen zu empfangen: Man sei auch in Zukunft gewillt, Unterkünfte und Gelder zur Verfügung zu stellen, so Noguera.

So weit, so gut, denn kein Mensch ist illegal, wie wir von Linken und Grünen gelernt haben. Jedenfalls fast keiner.

Man darf abwarten, wie die Berufsguten von Mallorca reagieren werden, wenn demnächst nicht 25, sondern 25.000 um Aufnahme auf der Insel nachsuchen.

Wenn die Menschen als Touristen auf die Insel kommen, sind sie unter Umständen jedenfalls sehr wohl illegal. [BLUEWIN](#) schreibt:

In Palma de Mallorca dürfen Privatwohnungen ab 1. Juli nicht mehr an Touristen vermietet werden. Die Hauptstadt der Balearen wird damit weltweit zum Vorreiter.

Die Touristenmassen ließen die Kassen im Sommer 2017 lauter den je klingeln. Aber vielen Mallorquinern war das angesichts überfüllter Straßen und Strände, der Umweltprobleme und des schlechten Benehmens gewisser Feriengäste egal. Sie forderten Beschränkungen.

Und nun ist es also so weit, zumindest in der Hauptstadt der Insel: Der Stadtrat von Palma de Mallorca will, wie vor Monaten bereits angekündigt, der privaten Vermietung von Wohnungen an Touristen den Riegel verschieben. [..]

Geführt wird die Stadtregierung von der Ökopartei MÉS (Mehr für Mallorca), den Sozialisten und der linksalternativen Gruppierung Podemos. Auch in anderen spanischen Städten, etwa in Madrid und Barcelona, erwägt man demnächst Maßnahmen gegen die unkontrollierte Vermietung von Ferienwohnungen

Wie Antoni Noguera, Oberbürgermeister von Palma, auf einer Pressekonferenz bekannt gab, sei dies ein «großer Schritt für die Zukunft der Stadt und eine Pioniertat in Spanien». Das neue Tourismus-Konzept soll den Billigtouristen verdrängen.

Man wolle mit dem Verbot den Menschen, die in Palma leben und arbeiten wollten, wieder mehr Wohnraum zugänglich machen, und außerdem das Zusammenleben in der Nachbarschaft in bislang betroffenen Mehrfamilienhäusern wieder verbessern.

Absicht der Maßnahmen gegen Touristen war, Nachteile für die Umwelt (Wasserverbrauch) wie auch steigende Mieten oder schlechtes Benehmen der Gäste zu verringern.

Da wollen wir mal hoffen, dass die Erfahrungen mit künftig wohl immer mehr sogenannten „Flüchtlingen“ besser sein werden. Aber zumindest die Mietpreise dürften sich so verändern. Denn jene, die künftig eine Horde Afrikaner als Nachbarn haben, werden es schwer haben überhaupt Mieter für ihre Wohnungen und Häuser zu finden.



Nachschub läuft: 1100 Afrikaner seit Freitag in Spanien angekommen

Seit vergangenem Freitag landeten rund 1.100 Versorgungsfordernde an Spaniens Küsten an. Allein am Sonntag hatte die spanische Seenotrettung rund 400 Personen Richtung Spanien „gerettet“. Die Goldfracht war auf [mehr als 50 Booten](#) verteilt im Alboran-Meer und der Straße von Gibraltar unterwegs gewesen. Nach Einschätzung der IOM (Internationale Organisation für Migration) – ja, auch so etwas gibt es – sei Spanien das neue Hauptziel der Ein- und Zudringlinge aus Afrika. Seit Mitte Juli 2018 habe sich die Zahl der in von der Mittelmeer-Route eintreffenden Asylforderer zum Vergleichszeitrun des Vorjahres verdreifacht.

Die jüngst Geschleppten stammen aus den Maghreb-Staaten und afrikanischen Ländern südlich der Sahara, heißt es. Die staatlich lizenzierten Schlepper brachten sie in verschiedene Häfen in Andalusien, unter anderem nach Málaga. Von dort wird nun bestimmt schon bald die Weiterreise organisiert. Nicht wenige davon werden wohl in naher Zukunft in Deutschland ankommen, um sich nicht nur die eigene Rundumversorgung zu sichern, sondern auch die Aussicht ihr halbes Dorf im Rahmen des Familiennachzuges nachholen zu können.

Auch die Malteser haben wieder fleißig „gerettet“, nur die Italiener spielten nicht mit, was sich auch in den

Ankunfts zahlen niederschlägt. Im ersten Halbjahr 2018 sei die Zahl der in Italien anlandenden Eindringlinge im Vergleich zum Vorjahr um 81 Prozent auf rund 16.100 gesunken. Im Juni, seit Italien beschlossen hat einen harten Kurs gegen die illegale Einwanderung zu fahren, waren es sogar 87 Prozent weniger.

Entlarvend die Meldung, dass der maltesische Küstenschutz 19 Illegale, die aus Libyen ankamen übernommen habe, weil das Boot, kurz nachdem die Reisenden mit Schwimmwesten versorgt worden seien, gekentert sei. Für wie blöd hält man die Bürger Europas eigentlich, dass man annimmt, keiner würde denken, dass hinter so einer Aktion Kalkül steckt. Märchen wie dieses, vom gekenterten Boot, nachdem keinem mehr etwas passieren konnte, beleidigen mittlerweile die Intelligenz der Dümmeren hier. Man macht sich nicht mal mehr die Mühe halbwegs glaubwürdige Drehbücher für diese Rettungsgeschichten zu schreiben.



Fall Sophia Lösche: Frauenleiche in Spanien gefunden

Einem Bericht der spanischen Zeitung „[El Correo](#)“ zufolge wurde am Donnerstagnachmittag an einer Tankstelle in Asparrena, in der nordspanischen Provinz Álava die Leiche einer jungen Frau

gefunden. Wie „El Correo“ berichtet gehen die Ermittler davon aus, dass es sich um die seit 14. Juni vermisste 28-jährige SPD-Politikerin Sophia Lösche handeln soll. Die Tote sei am Nachmittag von der baskischen Polizei gefunden worden und weise Zeichen „körperlicher Gewalt“ auf. „[Eldiario](#)“ berichtet, dass der Körper teilweise verbrannt sei.

Die Studentin soll an einer Raststätte in Schkeuditz bei Leipzig in einen LKW mit marokkanischem Kennzeichen gestiegen sein und wollte in ihre Heimatstadt Amberg trampen ([PI-NEWS berichtete](#)). Seither fehlte jede Spur von der jungen Frau.

Der Tat verdächtige LKW-Fahrer Merabet B. (41) wurde am Dienstag in Bailén, etwa 650 km vom Fundort entfernt, auf seinem Weg nach Marokko festgenommen.

Einem spanischen Medienbericht zufolge, soll er zugegeben haben, die Leiche der jungen Frau an der Tankstelle liegengelassen zu haben. Das setzte den Suchtrupp in Gang, der letztlich auf die Tote stieß. Nun würden belastende Beweise gesucht, die den Verdächtigen über das Ablegen der Leiche hinaus mit ihrem Tod in Verbindung bringen, heißt es.

Die Tote wurde zur endgültigen Identifizierung der Pathologie übergeben. Die Staatsanwaltschaft Leipzig wollte sich am Donnerstagabend noch nicht zu den spanischen Medienberichten äußern. Eine offizielle Bestätigung, dass es sich um Sophia Lösche handelt steht also zur Stunde noch aus.

Freunde von Sophia Lösche waren aber schon vor Tagen damit beschäftigt die Tat im Sinne einer kulturellen Kausalität möglichst herunterzuspielen und posteten in linksdummer, gutmenschlicher Art auf Twitter:

Seit letztem Donnerstag, den 14. Juni 2018, vermissen wir unsere Freundin Sophia.

Mit der Absicht von Leipzig nach Nürnberg zu trampeln ist sie gegen 18:20 Uhr in Leipzig-Schkeuditz bei einem LKW-Fahrer in Richtung Hermsdorfer Kreuz/ Süden eingestiegen. Um 19:45 konnte ihr Handy das letzte Mal auf der Höhe Hermsdorfer Kreuz geortet werden. Seitdem fehlt jede Spur von Sophia und es gibt nach wie vor keine Anhaltspunkte über ihren Verbleib. Seit Tagen unterstützen uns zahllose Helfer*innen bei der Suche nach ihr und wir sind dankbar so viel Solidarität in dieser schrecklichen Situation zu erfahren. Es macht uns Hoffnung, dass wir alle gemeinsam es schaffen werden Sophia zu finden.

Mittlerweile wissen wir, dass der LKW ein blauer Sattelauflieger der Firma „Benetrans“ mit marokkanischem Kennzeichen war. Warum bekommen wir Bauchschmerzen, wenn wir diese Information veröffentlichen? Jede weitere Angabe könnte doch eventuell der entscheidende Hinweis sein um Sophia zu finden.

Doch während wir Informationen über EIN KENNZEICHEN veröffentlichen um unsere Freundin zu finden, wird diese Information bereits jetzt missbraucht um rassistische Vorurteile über „kriminelle Ausländer“ zu untermauern.

Unsere Freundin Sophia wird vermisst. Sie ist mit einem LKW mit marokkanischem Kennzeichen mitgefahren. Niemand wünscht sich mehr als wir, dass diese spärlichen Angaben reichen würden um auch nur ansatzweise nachvollziehen zu können, was mit Sophia passiert ist. Aber wir und auch niemand sonst weiß zum jetzigen Zeitpunkt mehr.

Urteile über die Persönlichkeit und Eigenschaften eines Menschen aufgrund eines postulierten kulturellen Unterschieds zu ziehen ist rassistisch.

Wird jemand ohne Beweise zum Täter gemacht, weil er marokkanischer Abstammung ist, ist das rassistisch.

Aufgrund der Handlungen von Einzelpersonen eine große Gruppe an Menschen zu verurteilen, weil sie angeblich zur selben Kultur gehören, ist rassistisch.

Wir distanzieren uns klar von solchen rassistischen Spekulationen und verurteilen eine Vereinnahmung seitens rechter Gruppierungen!

Wir sind auch davon überzeugt, dass es gerade für Sophia wichtig ist, sich in diesem Moment klar gegen rechte Hetze und Rassismus zu stellen, so wie sie es mit all ihrem unermüdlichen Engagement schon ihr Leben lang tut.

Wer angesichts des Verdachts des gewaltsamen Todes eines nahestehenden Menschen keine anderen Probleme hat, ist zwar vielleicht noch nicht ganz so verrohrt wie der Täter, aber wohl mindestens so gestört. (lsg)



„Causa Puigdemont“: Dürfte

auch Bayern ungestraft rebellieren?

Von PLUTO | Bis auf wenige Ausnahmen hyperventiliert der Mainstream über das Teil-Urteil in der „Causa Puigdemont“ durch ein Oberlandesgericht im hohen Norden. Die Schleswiger Richter hätten Spanien eine Schlappe erteilt (ZEIT), man habe „umsichtig und fair entschieden“ (Stuttgarter Zeitung), die norddeutschen Juristen seien gar „Kunstrichter“ (Rheinische Post). Und die [Hannoversche Allgemeine](#) attestierte den Richtern eine „Eleganz, die an die sagenhaften Urteile des Königs Salomo erinnerten“. Ist die Sache damit vom Tisch, wie es der Hype suggeriert? Keineswegs, bei nüchterner Betrachtung tun sich viele Fragen auf.

Die „Causa Puigdemont“ roch von Beginn an gewaltig. Dem iranischen „Todes-Richter“ Sharudi wurde kürzlich in Niedersachsen mit Polizeieskorte die Flucht ermöglicht, bei Puigdemont schlugen dagegen Autobahnpolizisten mit europäischem Haftbefehl kurz hinter der A7-Grenze zu, obwohl er vorher drei EU-Länder durchquert hatte.

Weil sich Berlin fluchtartig ins Schneckenhaus verzog, mussten die Schleswiger Oberlandesrichter wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und zusehen, wie sie sich aus der kritischen Nummer herauswinden konnten. Nicht mehr oder weniger galt es zu entscheiden. Sie entledigten sich der Sache, wie es vorhersehbar war, und dafür brauchte es freilich keine salomonische Weisheiten: sie entschieden „schiedlich – friedlich“, cancelten den Hauptvorwurf der Rebellion und verschafften sich und Puigdemont zunächst erstmal Luft. Eine Auslieferung wegen des rebellions-Vorwurfs wird es durch deutsche Behörden nicht geben, eine Auslieferung wegen Untreue wurde aber gebilligt, der Haftbefehl jedoch gegen Kautionszahlung von 75.000 Euro ausgesetzt.

Was ist nun tatsächlich erreicht durch „König Salomo in Schleswig“?

- Es ist höchstens ein halber „Freispruch“ für Puigdemont. Er darf sich zwar gegen Auflagen in Neumünster frei bewegen, läuft weiter Gefahr, nach Spanien ausgeliefert zu werden.
- Sollte sich eine Auslieferung verbieten, zum Beispiel, weil Spanien die Schleswiger Urteile nicht anerkennt, hängt der Ex-Separatistenführer bis auf weiteres in Deutschland fest. Darf man schon orakeln, ob er – der sein katalanisches Präsidentenamt nie aufgegeben hat – Katalonien dann aus der Verbannung regiert?
- Möglich ist, dass Spanien erneut sein Auslieferungersuchen einstellt. Dann würde Puigdemont wieder in sein belgisches Exil zurückkehren dürfen.
- Wenig wahrscheinlich ist, dass Spanien auf seine Vorwürfe Rebellion und Geldveruntreuung verzichtet, nur weil ein norddeutsches Provinzgericht (wenn auch OLG) das anders sieht. Europäisches Recht hin oder her. Eine straflose Rückkehr nach Spanien kommt für Puigdemont kaum in Betracht.
- Hat das Schleswiger Urteil unter Umständen rechtliche Auswirkungen auch auf deutsche Verhältnisse? Die Süddeutsche spricht von einem „hammerharten Satz der Richter“. Das Puigdemont als Rebellion zur Last gelegte Verhalten „wäre in der Bundesrepublik nach geltendem Recht nicht strafbar“ – so sagen es die Richter. Hieran stellt sich automatisch die Anschlussfrage: obwohl es den Rechtsbegriff im Strafgesetzbuch nicht gibt: wäre eine (erfolglose) „katalanische Rebellion“ auch in Deutschland möglich, ohne dass die Separatisten bestraft würden? Man denke an Bayern, die schon häufig aus der Laune heraus Gelüste als separierter Freistaat hegten. Oder, wahrscheinlicher, an andere separatistische Bewegungen in Europa? Wie will sich die Bundesregierung als Einheitsverfechter Europas angesichts des

Schleswiger Urteils hierzu positionieren?

- Überhaupt: Wann kommt die deutsche Regierung endlich in die Strümpfe, sich in den Konflikt einzuschalten? Ersetzt Berlin neuerdings europäische politische Verantwortung durch OLG-Sprüche?

Und noch ein Signal gilt es zu beachten, den das OLG Schleswig ausgesandt hat: Kommt her zu mir, alle, die ihr *mühselig und beladen* seid; ich will euch erquicken. (Mt 11,28; LUT). Heißt: Kommt nach Deutschland, hier werdet ihr freigesprochen!



„Causa Puigdemont“: Die Welt lacht über Merkel-Deutschland

Von LUP0 | Wenn die ganze Welt wieder mal über Merkel-Deutschland lacht und den Kopf schüttelt, dann muss sich niemand wundern. Denn die „Causa Puigdemont“ führt derzeit wie im Brennglas vor, was alles im deutschen „Rechtsstaat“ kurios läuft.

Da ist die Frage, die sich wohl viele Deutsche spontan beim sonntäglichen Mittagessen stellten, als die ersten Meldungen über die [Festnahme des katalanischen Ex-Regionalpräsidenten Carles Puigdemont](#) (55) in Schleswig-Holstein bekannt wurden: Warum wurde Puigdemont nicht in Finnland, Schweden oder Dänemark festgenommen? Der europäische Haftbefehl bestand doch schon seit verganginem Freitag, und da war der Katalane noch

auf skandinavischem Hoheitsgebiet.

Dieselbe Frage stellte sich zu Wochenbeginn auch die Deutsche Polizeigewerkschaft. Der Bundesvorsitzende Ernst Walter warf die Frage auf, warum die Dänen den Ex-Regionalpräsidenten nicht verhaftet hatten. Die dänische Polizei hätte im europäischen Verbund eigentlich genauso arbeiten müssen wie die deutsche, sagte Walter laut [Focus](#) dem Radiosender Bayern 2 am Montag. Kein Ermessensspielraum.

Laut Focus drängt sich angesichts der Abläufe geradezu der „ungeheure Verdacht“ förmlich auf, dass man den Schwarzen Peter Deutschland überlassen wollte. Jedenfalls haben nun weder Finnland, Schweden und Dänemark, sondern Deutschland den diplomatischen Ärger.

Dass ausgerechnet Deutschland als „Land der offenen Tür“ an der ansonsten total unbewachten deutsch-dänischen Grenze ihre mobilen Verhaftungskommandos positionierte, ist insbesondere vor dem Hintergrund deshalb kurios zu nennen, dass nach Deutschland Flüchtlinge aus aller Welt immer noch in hoher Zahl illegal und oft unkontrolliert einreisen können und Merkel und Co behaupten, man könne die deutsche Grenze überhaupt nicht überwachen.

Wie leicht deutsche Grenzen zu überwinden sind, war am Beispiel des IS-Terroristen Anis Amri deutlich geworden, der es nach dem Berliner Weihnachtsmarkt-Attentat trotz höchster europäischer Alarmstufe unbehelligt über deutsche, niederländische und schweizerische Grenzen bis nach Italien schaffte.

Wie schlafmützig die deutschen Sicherheitsbehörden reagieren können, sah man auch am Beispiel des ehemaligen iranischen Justizchefs und „Henker-Richters“ Mahmud Schahrudi. Dieser hielt sich im Januar 2018 zwecks Operation in einer hannoverschen Spezialklinik auf und konnte, als ihm der Boden hierzulande zu heiß wurde und Verhaftung drohte, vorher noch

schnell mit deutscher Polizeieskorte via Flughafen Hamburg nach Teheran verduften. In Sicherheit, dankte er der deutschen Polizei und der hilfreichen Politik für die gute Behandlung.

Deutschland hilft einen europäischen Störenfried ruhigzustellen

Über so viel Rückendeckung verfügte Carles Puigdemont offensichtlich nicht. Er gilt eher als ein europäischer Störenfried, steht für spalterische Tendenzen und muss deshalb im Sinne der europäischen Einigkeit ausgegrenzt werden. Dazu muss man ihn festnehmen, nachdem er sich aus Spanien nach Belgien abgesetzt hatte. Dazu hatten die Skandinavier, so muss man mutmaßen, wohl keine Lust. Wer wäre geeigneter, den Schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen, als Angela Merkel, Europas Einheitskanzlerin. Natürlich wird bislang juristischer Sicherheitsabstand zu Berlin gewahrt. Die neue Justizministerin Barley hatte nichts Eiligeres zu tun, als auf die Zuständigkeit der schleswig-holsteinischen Justizbehörden aufmerksam zu machen.

Den Gefallen, Asyl zu beantragen, will Puigdemont den deutschen offenbar im Moment nicht tun. Er und seine Anwälte dürften zunächst abwarten, wie sich die Lage entwickelt und im Einverständnis mit den Deutschen auf Zeit spielen. Ostern ist nah. Sollte Merkel Puigdemont tatsächlich nach Spanien ausliefern, wo Puigdemont 25 Jahre Haft erwarten, steht Deutschland ein veritables Problem ins Haus. Im Barcelona gingen am Sonntag bereits Zehntausende für ihn und gegen seine Auslieferung auf die Straße: „Befreit unseren Präsidenten. Seid nicht Mithelfer“, scholl es bis in die Berliner Staatskanzlei. Die „Causa Puigdemont“ zeigt wieder mal: Wer keine Probleme hat, macht sich welche.



Carles Puigdemont in Schleswig-Holstein festgenommen

Deutschlands Grenzen stehen sperrangelweit für Flüchtlinge offen. Auch mancher Terrorist reist illegal ein. Für den früheren katalanischen Regionalpräsident Carles Puigdemont gilt aber kein freies Geleit. Er ist in Deutschland festgenommen worden. Beamte der Autobahnpolizei Schleswig-Holstein hätten Puigdemont am Vormittag festgenommen, [bestätigte ein Sprecher](#) des Landeskriminalamts in Kiel der Nachrichtenagentur AFP.

Nach Angaben seiner Partei wurde der 54-Jährige bei der Einreise aus Dänemark an der Grenze gestoppt. Puigdemont hatte sich zuletzt in Finnland aufgehalten, war aber am Freitag wieder in Richtung Belgien aufgebrochen.

Nach dem [Unabhängigkeitsreferendum](#) in Katalonien im Oktober hatte Spanien schon einmal einen europäischen Haftbefehl gegen Puigdemont beantragt. Noch während in Belgien Anhörungen liefen, zog das Oberste Gericht in Spanien dies aber Anfang Dezember überraschend zurück. Ein neuer Antrag folgte nach spanischen Medienberichten am Freitagabend.

Bei den Neuwahlen in Katalonien im Dezember erhielten die

Parteien, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen, erneut eine Mehrheit im Parlament. Puigdemont wurde damit erneut zum Kandidaten für die Präsidentschaft. Vor wenigen Wochen erklärte er schließlich seinen Verzicht auf das Amt.



Konservatives Spanien oder anarchistisches Katalonien?

Von KEWIL | Die linken Katalanen geben keine Ruhe. In Barcelona wollen sie über das Wochenende auf Teufel komm raus über ihre Unabhängigkeit abstimmen. Und sie werden nicht aufhören, bis sie ihren Willen kriegen. Das liegt im anarchistischen Katalonien seit mindestens 100 Jahren im Blut.

Und weil sie dort drunten so ein aufmüpfiger roter und anarchistischer Haufen sind, spürt man auch aus der linksversifften deutschen Presse eindeutig Sympathie in der Berichterstattung und eine Aversion gegen die eher konservative Madrider Zentralregierung. Dabei weiß jeder, dass dieser neue Staat kein Gewinn sein wird.

Kaum hat man ein paar Brocken Spanisch gelernt, soll man nun diesen abgehackten Pyrenäen-Dialekt Català noch lernen, der bald auch nach Brüssel kommen würde. Denn dorthin, an die Geldtöpfe der EUdSSR, drängen natürlich die auf ihre Wirtschaftszahlen ach so stolzen Katalanen ebenfalls. Ihre

statistischen Zahlen lügen aber. Und was noch wirtschaftlich solide ist, wie die Einnahmen aus dem Tourismus, wird die idiotische anarchistische Politik sehr bald ruinieren. Schon jetzt demonstrieren sie in Barcelona und auf Mallorca gegen den Tourismus.

Während also eigentlich nur bewusstlose Linke für eine República Catalana stimmen können und unser Herz für Madrid schlägt, kann man sich nichtsdestotrotz auch als deutscher Konservativer über eine Abspaltung Kataloniens freuen, denn so ganz einfach wird das in der EUdSSR nicht funktionieren. Viel Streit, böses Blut, Reibereien und dazu weitere Unabhängigkeitskandidaten bis nach Südtirol werden dem Brüsseler Moloch und dem Euro zu unserer Freude schwere Probleme bereiten und ein Europa nach Macrons und Junckers billiger Denkungsart wieder stark abbremsen.

Hexenjagd der Kanzlerin geht weiter



Bundeskanzlerin Merkel betreibt getreu ihrem sozialistischen Ziehvater Erich weiter munter eine Hetzjagd auf Thilo Sarrazin. Froh, dass die öffentliche Aufmerksamkeit sich endlich einmal nicht auf ihre versagende Koalition richtet, fordert sie von der Bundesbank Konsequenzen.

Auf deutsch: Sarrazin soll rausfliegen! Nach dem sozialistischen Motto „bestrafe einen, erziehe hundert“, [sagte](#) Merkel, sicher ohne das Buch überhaupt schon einmal in der Hand gehabt zu haben:

Zwar sei die Bundesbank unabhängig, betonte Merkel am Sonntag im ARD-Sommerinterview. „Ich bin mir (aber) ganz sicher, dass man auch in der Bundesbank darüber sprechen wird.“ Dabei sei zu berücksichtigen, „dass die Bundesbank ein Aushängeschild für das ganze Land ist“. Zugleich wies sie die Thesen Sarrazins als vollkommen inakzeptabel zurück. Sie seien ausgrenzend und machten ganze Gruppen in der Gesellschaft verächtlich.

Jede Studie über die mangelnde Integrationsfähigkeit von Moslems in Europa gibt Sarrazin recht. Aber das ist Merkel egal. Sie hat ja keine Kinder, die von ihren Mitschülern gemobbt werden und lebt selbst in einem Elfenbeinturm, weitab vom lästigen Volk. Besonders empörend findet Frau Merkel die [Gen-These](#), obwohl die Juden selbst darauf stolz sind. So schreibt etwa die [Jüdische Allgemeine](#):

Neueste Forschungen bestätigen die gemeinsame nahöstliche Herkunft aller Juden.

(...)

Zwei Forschergruppen haben unabhängig voneinander Proben aus dem Erbgut hunderter Juden aus verschiedenen Regionen Europas, Asiens und Afrikas auf Verwandtschaftshinweise untersucht und mit Proben der benachbarten nichtjüdischen Volksgruppen der jeweiligen Regionen verglichen – und können die mythische Diaspora nun naturwissenschaftlich bestätigen.

In New York, Seattle, Athen, Rom und Israel sammelte das Forscherteam um Harry Ostrer von der New York University DNA von 237 Personen, deren beide Großelternpaare einer der drei jüdischen Gemeinschaften der osteuropäischen Aschkenasim, italienisch-griechisch-türkischen Sefarden oder syrischen

Mizrachim angehören. Verglichen wurden die Ergebnisse mit dem Erbgut von 418 Nichtjuden. Die Forscher untersuchten nicht das gesamte Erbgut, sondern vor allem besonders charakteristische Stücke der DNA, sogenannte SNPs (small nuclear polymorphisms, gesprochen »Snips«). Jeder SNP steht für eine Variation in der DNA, die in manchen Volksgruppen häufiger vorkommt als in anderen. Vergleicht man ausreichend viele SNPs – hier über 200.000 –, lässt sich abschätzen, mit welchen Volksgruppen eine Person verwandt ist.

»Die Studie stützt die Idee eines jüdischen Volkes mit gemeinsamer genetischer Historie«, sagt Ostrer, Leiter der Studie, die vor zwei Wochen im »American Journal of Human Genetics« veröffentlicht wurde. So sind die 237 jüdischen Testpersonen untereinander stärker verwandt als mit den nichtjüdischen Populationen der Regionen, aus denen Aschkenasim, Sefardim oder Mizrachim stammen. Dennoch hat es Genaustausch gegeben: »Die Durchmischung mit Europäern erklärt, warum so viele europäische und syrische Juden blaue Augen und blonde Haare haben«, sagt Ostrer. So haben zum Judentum konvertierte Khasaren (ein Turkvolk am Kaspischen Meer) ihre genetische Signatur im Erbgut der Aschkenasim hinterlassen. Das sefardische Erbgut hat zwischen 711 und 1492 in Spanien und Nordafrika maurische Prägung erfahren.

Politisch relevant könnte sein, dass die Forscher die Ahnen der untersuchten Juden tatsächlich im Nahen Osten verorten – aufgrund des Verwandtschaftsgrades mit den dortigen Volksgruppen. Die »genetische Kontinuität zwischen jüdischen Gemeinden und zeitgenössischen nichtjüdischen Populationen der Levante« sei »signifikant«, heißt es auch in einer zweiten Studie, die ebenfalls Anfang Juni im Fachmagazin »Nature« veröffentlicht wurde. Darin kommt das internationale Forscherteam des Evolutionsbiologen Richard Villems von der Universität Tartu in Estland sogar zu dem Schluss, dass die untersuchten Gemeinden wohl gemeinsame Vorfahren mit Zyprioten und Drusen teilen.

Der Beginn der Diaspora lässt sich anhand der genetischen Spuren auf vor etwa 2.500 Jahren terminieren. Damit bestätigen die Forscher die in der jüdischen Mythologie beschriebene Diaspora. Demnach sind nach der Zerstörung des jüdischen Staates durch den babylonischen König Nebukadnezar 586 v.d.Z. die Stämme Israels zunächst nach Babylon und Ägypten und dann über die Welt zerstreut worden. Ihre gemeinsame Abstammung blieb dabei in erstaunlichem Maße im Erbgut erhalten, obwohl die Stämme während der Jahrhunderte weitgehend isoliert voneinander blieben. Dazu trug wohl auch bei, dass es verhältnismäßig wenig Genaustausch mit den jeweiligen Nachbarn gab – sei es nun durch Ausgrenzung oder kulturelle Isolation.

Das alles ficht die faktenresistente Kanzlerin nicht an. Sie hat ihr Opfer gefunden.

ARD-Morgenmagazin zum Thema (natürlich contra Sarrazin):

» Achgut: [Sarrazin und das Kartell](#)

» HNA: [Interview mit Spiegel-Autor Broder: „Sarrazin spricht aus, was andere ahnen“](#)

(Spürnasen: Kölschdoc und Brodi-Fähn)

“Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an”



„Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an, es ist eine klare Mehrheit“, sagte Außenminister Westerwelle zu den EU-Partnern Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und der Slowakei, um sie zur Anerkennung des Kosovo als selbstständigem Staat zu bewegen. Auf Serbien selbst übte er den erpresserischen Druck aus, auf das eigene Staatsgebiet großzügig zu verzichten. Als „Lohn“ winkt der EU-Beitritt.

Die *Kleine Zeitung* schreibt:

Der deutsche Außenminister Westerwelle holte sich am Donnerstag bei einem Besuch in Belgrad eine Abfuhr. Serbien lehnte seinen Vorstoß ab, auf die Einbringung einer UNO-Resolution gegen das Kosovo zu verzichten. Laut Außenminister Jeremic wird Serbien „die Resolution nicht zurückziehen.“

Zuvor hatte Westerwelle Belgrad aufgefordert, sich mit der Abspaltung der Ex-Provinz abzufinden. „Die Unabhängigkeit des Kosovos ist Realität“, sagte der FDP-Chef. „Versöhnung kann nur gelingen, wenn man sich der Realität stellt.“ Indirekt verknüpfte er die Kosovo-Frage mit dem von Serbien angestrebten EU-Beitritt. „Wer Europa will, der muss den Ausgleich wollen“, sagte der deutsche Außenminister in einer Rede an der Universität Belgrad. Deutschland und die meisten anderen EU-Staaten haben die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt, fünf EU-Staaten lehnen diese aber weiterhin ab.

Der Besuch in Belgrad galt als schwierigster Teil einer dreitägigen Reise Westerwelles durch das ehemalige Jugoslawien. Mit der UNO-Resolution will Serbien im September neue Verhandlungen über den staatsrechtlichen Status seiner Ex-Provinz erzwingen. Alle Appelle, darauf zu verzichten, blieben bisher ohne Erfolg. Jeremic zeigte sich zu

„konstruktiven Gesprächen“ bereit. Serbien werde aber „keinen Punkt unter die Unabhängigkeit des Kosovos setzen“.

Konstruktive Gespräche über einen freiwilligen Verzicht auf ein Fünftel des eigenen Staatsgebietes, das seit der Unabhängigkeit völlig in Korruption versinkt? Warum verzichtet Spanien nicht „freiwillig“ auf das Baskenland, Belgien auf Flandern und Deutschland auf Schleswig?

Die Presse [berichtet](#):

Deutschlands Außenminister appelliert an die fünf EU-Staaten, die den Kleinstaat Kosovo bisher nicht anerkennen. „Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an, es ist eine klare Mehrheit“.

(...)

Die betroffenen europäischen Staaten wie Spanien und Griechenland, die ihre eigenen Konflikte mit Minderheiten haben, müssten nicht befürchten, dass aus dem Fall Kosovo Konsequenzen für andere Regionen abgeleitet würden.

(...)

Praktisch bedeutet dies, dass die EU auch keine Verträge mit dem Land schließen kann. Doch nicht nur deshalb ist der Kosovo von einem EU-Beitritt weit entfernt: In dem bitterarmen Land blühen die Korruption und die organisierte Kriminalität. Außerdem halten ethnische Spannungen und die Rechtsunsicherheit ausländische Investoren fern.

Und nicht zu vergessen: Wie immer sind es Moslems, die für Unruhe und die beschriebenen ethnische Spannungen sorgen. Und wie immer sind es Moslems, denen wir nach dem Mund reden.

Auch zwei Jahre nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kleinstaats sorgt die Nato-Truppe KFOR deshalb noch mit etwa 10.000 Soldaten für Stabilität in der ehemaligen serbischen Provinz. Deutschland ist mit 1.400 Soldaten größter Truppensteller. Ein Ende des Einsatzes ist nicht

absehbar.

Die Bevölkerung des Kosovo besteht zu 90 Prozent aus Albanern. Die serbische Region im Norden des Landes um die ethnisch geteilte Stadt Mitrovica entzieht sich jedoch der Kontrolle der kosovarischen Regierung und wird finanziell von Belgrad unterstützt.

Als wenn man mit dem Kosovo Verträge abschließen könnte! Wer sollte denn für deren Einhaltung sorgen? Die UNO?

(Spürnase: Green)